

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. September 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferale um 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 112

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Jahresbericht und Jahresversammlung der Prinzipalsorganisation, I. — Ortskrankenkassen-Zagung.
Korrespondenzen: Halle a. S. — Herford. — Ingolstadt. — Kiel.
Rundschau: Karl Kluttig f. — Nachahmenswertes Beispiel. — Ferien! — Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. — Neuregulierung der Lebensmittelpreise für Schwer- und Schwerarbeiter. — Hohe Lebensmittelpreise in Provinzstädten. — Lebensmittelpreise mit Stadlanfichten. — Betriebslosigkeit sächsischer Papierfabriken. — Der Zusammenbruch der Papierverwertung. — Folgen der Papiernot und der Geseinschrankung für Zeitungen. — Verringertes Erscheinen. — Hoch 20 Proz. weniger Druckpapier für Zeitungen. — Alles Papier in höchster Bewirtschaftung. — Schriftleiterherstellung. — Rückgang der sozialdemokratischen Presse. — Uchgehnländige Arbeitszeit Bedingung für einen Redakteur.

Jahresbericht und Jahresversammlung der Prinzipalsorganisation

I.

Das Prinzipalsorgan enthält in seinen Nummern vom 14. und 21. September den der Heidelberger Tagung in gewohnt großem Umfange vorgelegten wie mit der bekannten Sachkenntnis und Ausführlichkeit über alle wirtschaftlichen, tariflichen und organisatorischen Vorgänge, Entscheidungen usw. sich verbreitenden Geschäftsbericht, dem sich ein Auszug der Verhandlungen über die diesjährige Hauptversammlung anschließt. Die den Papierverhältnissen entspringende Raumbeugung zwingt uns diesmal zu eingeschränkter Behandlung, doch glauben wir auch so ein genügend informierendes Bild geben zu können.

Nach dem Jahresberichte hat der Deutsche Buchdruckerverein seinen Mitgliederbestand um 131 im Jahre 1916 vermehrt; 111 Austritten, meistens von kleineren und mittleren Firmen, sehen 135 Eintritte gegenüber. Während der drei Kriegsjahre zeigt sich die Mitgliederbewegung folgendermaßen: 1914: 4348, 1915: 4217, 1916: 4241. Es wird mit Genugtuung eine größere Beständigkeit in der Mitgliederzahl festgestellt. Der Krieg hat also wie andern Unternehmerverbänden auch unserer Prinzipalsorganisation keinen Abbruch getan.

Mit den Einnahmen aus den Beiträgen verhält es sich anders. Hier ergibt sich nachstehende Entwicklung: 1914: 122767 Mk., 1915: 108836 Mk., 1916: 90148 Mk.; für 1917 wird mit rund 85000 Mk. Beiträgen gerechnet. Im vergangenen Jahr ist dennoch ein kleiner Überschuss — 8074 Mk. — erzielt worden. Das Vereinsvermögen ist auf rund 103000 Mk. gestiegen.

Da auch beim Fonds für besondere Zwecke die Einnahme sich nach der Zahl der beschäftigten Gehilfen richtet, so mußte wie bei den Vereinsbeiträgen auch hier naturgemäß ein Rückgang eintreten. Zu dem Fonds wurden also an besonderen Beiträgen gesteuert im Jahre 1914: 345756 Mk., 1915: 228216 Mk., 1916: 255190 Mk. Im letzten Friedensjahre (1913) vereinnahmte der Fonds indes 410260 Mk. Das Ergebnis wird trotzdem als erfreulich bezeichnet; es ist nun ein Vermögen von 1332000 Mk. angehäuft. Im vergangenen Jahre wurden 60 Todesfälle von Prinzipalen mit 42914 Mk. entschädigt. Für die im Kriege Gefallenen (40) wurden je 1000 Mk. ausbezahlt. Außerdem wurden aus dem Fonds Darlehen oder Unterstüßungen an Mitglieder, die durch den Krieg in eine besondere Notlage geraten, gewährt.

Die „Zeitschrift“ hat sich finanziell gut behauptet. Die Einnahmen aus Anzeigen und Abonnements erhöhten sich um 4000 Mk., während die Redaktions- und Verwaltungskosten eine Verminderung von 5500 Mk. erfuhren. Trotz der verteuerten Herstellungskosten hat sich infolgedessen der Zuschuß von 15700 Mk. in 1915 auf 10500 Mark für 1916 verringert. Der Papiermangel zwang zu weiterer wesentlicher Umfangbeschränkung. Es mußte mehrfach zu Doppelnummern gegriffen werden an Stelle des zweimal wöchentlichen Erscheinens. Aber den Inhalt des Vereinsorgans äußert sich der Geschäftsbericht befriedigend. Es wird jedoch nicht verschwiegen, daß von einigen Stellen abfällige Kritik an der „Zeitschrift“ geübt wurde, ja, es findet auch Erwähnung, daß Klagen über dieses oder jenes, was nicht gebracht sein sollte, sich erledigten durch den

Sinweis auf die geschehene Veröffentlichung in den betreffenden Nummern. „Kritikierende unaufmerksame Leser“ gibt es eben überall, wir wissen auch ein Lied davon zu singen. Eine Erweiterung und Ausgestaltung des Inhalts könne erst dann eintreten, wenn wieder Papier in genügender Menge zur Verfügung steht.

Das Lohnvertragsgebiet bildet wieder ein umfassendes Kapitel mit verschiedenen Unterfeldern. In dem allgemeinen Teil interessiert, was über die Tarifgemeinschaft und das Tarifamt gesagt wird:

Nach den Erfahrungen, die wir während der dreijährigen Kriegsdauer gemacht haben, kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Tarifgemeinschaft trotz der vielfach gerabegte umstürzenden Veränderungen in den Verhältnissen unfres Gewerbes nicht nur durchgehalten, sondern sich auch erneut bewährt hat. Man braucht nur zu erwägen, welche nachteiligen Folgen für Prinzipale und Gehilfen eingetreten wären, wenn nicht bei der großen Arbeitslosigkeit zur Zeit des Ausbruchs des Krieges wie jetzt bei dem großen Arbeitermangel für die nötige Ordnung und sachgemäße Regelung der Verhältnisse gesorgt worden wäre.

Das deckt sich vollkommen mit unrer Auffassung. Es ist ferner ein gutes Zeichen, wenn mit Befriedigung konstatiert wird, daß in andern Gewerben der Tarifgemeinschaftsgedanke während des Krieges nun auch mehr Boden gewonnen hat. Hervorhebung finden die tarifvertragsförderlichen Maßnahmen und Kundgebungen des Kriegsamts und höherer militärischer Verwaltungsstellen. Es wird weiter begrüßt, daß nach dem Krieg ein Arbeitsstarkegesetz geschaffen werden soll, zu dem der Entwurf Dr. Singheimers wahrscheinlich die Grundlage abgeben wird.

Aber die Einstellung und Anlernung von weiblichen und männlichen Erstaräften findet Anführung, daß die Bestimmungen über die Entlohnung und die Lehrdauer vielfachem Widerspruch in Prinzipalskreisen begegneten. Das Tarifamt habe dann einige Milderungen eintreten lassen. Wenn dann weiter gesagt wird, die gemachten Erfahrungen lauten teils befriedigend, teils waren sie weniger günstig, allgemein gebe aber das Urteil dahin, daß die weiblichen Hilfskräfte die vorgeschriebenen Löhne nicht verdienen, so liegt darin eine Bestätigung des von unrer Seite immer Gesagten. Man hat sich auf Prinzipalseite zu sehr besessen lassen von der aus andern Gewerbetreibenden kommenden übertriebenen Befriedigung über die Frauenarbeit. Aber dort soll nur mechanisch-körperliches Arbeiten, hier individuelle geistige Tätigkeit, das ist denn doch ein Unterschied. In der Lohnfrage ist uns von Anfang an aufgefassen, wie sehr es hier an der notwendigen Weisheit bei unsern Prinzipalen mangelte. Wie die Verhältnisse sich durch die Teuerung entwickelt haben, blieb doch nur die Wahl: entweder angemessen bezahlen oder auf Erstarkräfte verzichten. Oder sollte es noch nicht bekannt sein, daß das weibliche Angebot sich jetzt verringert und deshalb anderswo häufig ohne Zögern über das hinaus Bezahlung gewährt wird, was die tarifamtlichen Bestimmungen vorschreiben? In dieser Notzeit geht es nun einmal in erster Linie nach der Höhe des Lohnes. Von der „Liebe zur Kunst“ können und wollen die weiblichen Hilfskräfte nicht viel wissen. Wir begegnen auch in dem Geschäftsberichte der Klage, „daß die Gehilfen sich der Ausbildung solcher Hilfskräfte und dem Zusammenarbeiten mit ihnen nicht selten widersehen“. Nicht selten, heißt oft. Das kann nicht stimmen, und es stimmt auch nicht. Aber 3000 Erstarkräfte sind eingestellt, ein ganz Erledigendes mehr ist vom Tarifamt zur Anlernung genehmigt. Vieles Mehr wäre nicht so lange auf dem Papier stehen geblieben, wenn man seiner in Figura habhaft werden könnte. Daran hätte der behauptete Widerstand von Gehilfen gar nichts geändert. Wir haben noch nicht einen Augenblick ein Fehl daraus gemacht, daß solche Einzelvorkommnisse — nur um solche kann es sich doch handeln — keine Billigung finden in den leitenden Gehilfenkreisen. Nach Lage der allgemeinen Verhältnisse und angesichts der in unserm Gewerbe doch durchgeführten tariflich gleichen Bezahlung müßte ein solches Verhalten uns ja den Stempel des Zünftlerturns förmlich aufdrehen. Es wird nach unsern

Wahrnehmungen aber zu viel Wind gemacht mit derartigen Einwänden gegen die Gehilfenschaft. Ein Beispiel dafür hat die Kreisversammlung in Stuttgart am 3. Juni d. S. Da wurde schon mit starker Betonung von der Abneigung der Gehilfen gegen die weiblichen Erstarkräfte gesprochen, während nach dieser Zagung erst mit Wollstampf auf die Einstellung losgesteuert wurde, also auch nachher erst über solche Beobachtungen hätte gesprochen werden können. Daß nicht selten der Einzug der weiblichen Gehilfen eintretend zu forcierten Eindruck machte, ist nicht zu leugnen; dadurch mag es druckerweise wohl zu Verstimmungen gekommen sein. Aber die im Geschäftsberichte noch enthaltenen Aufforderung, sich durch solche Vorkommnisse nicht beirren zu lassen in dem Anlernen von Gehilfen, der Mangel an Erstaräften werde sich auch noch lange nach Eintritt friedlicher Verhältnisse geltend machen, wie über den mit Sicherheit erwarteten großen Aufschwung unfres Gewerbes nach dem Kriege brauchen wir unrer abweichende Ansicht nicht von neuem zu sagen. Wir meinen, die Sorge, wie über die durch die Papiernot sich vergrößerten Schwierigkeiten, das noch nicht erledigte Zusammenlegen von Druckereien und den immer stärker werdenden Mangel an Materialien bis zum Eintritte besserer Zeiten hinwegzukommen ist, liegt viel, viel näher. Herr Kommerzienrat Kraus erhält übrigens für seine bekannten Anleitungen zur Anlernung von Erstaräften anerkennende Erwähnung. Gern nehmen wir von der offiziellen Versicherung Notiz, daß an eine Verdrängung der Gehilfen oder eine Verschlechterung ihrer Lohnverhältnisse nicht gedacht wird. Es heißt in dieser Beziehung wörtlich in dem Geschäftsberichte:

Gefährlich wollen wir gegenüber den von der Gehilfenschaft, besonders aber von deren Organ, dem „Korr.“, mehrfach geäußerten Bedenken, daß durch die Heranziehung solcher Hilfskräfte in größerer Anzahl den im Kriege befindlichen Gehilfen der Wiedereintritt in ihre früheren Stellungen erschwert oder die Gestaltung der Lohnverhältnisse ungünstig beeinflusst werden könnte, hier ausdrücklich erklären, daß weder die eine noch die andre Befürchtung berechtigt ist. Die deutschen Buchdruckereibesitzer werden es nicht nur als eine Ehrensache ansehen, denjenigen Männern, die während der langen Kriegsdauer so unsagbar schwere Opfer für das Vaterland gebracht haben, ihre Arbeitsstätten wieder einzuräumen, sobald sie zu ihnen zurückkehren können, sondern sie werden auch selbst froh sein, wenn sie der schon seit langem so schwer empfundenen Not an brauchbaren Arbeitskräften entzogen werden. Es wird zweifellos Platz für alle sein, wenn nur erst der Frieden wieder eingekehrt ist und die Friedensarbeit auf allen Gebieten aufgenommen werden kann. Und was die Befürchtungen wegen der ungünstigen Beeinflussung der Lohnverhältnisse betrifft, so hat ja bereits das Tarifamt hinreichende Vorkehrungen getroffen, daß eine mißbräuchliche Ausnutzung nach dieser Richtung hin nicht erfolgen kann. Auch liegt den in Deutschen Buchdruckerverein führenden Prinzipalen, die für die Einstellung von weiblichen Hilfskräften eintreten, eine solche Absicht völlig fern. Es kommt eben nur darauf an, dem Gewerbe über die tatsächlich eingetretene Notlage infolge Arbeitermangels soviel als möglich hinwegzuhelfen sowie die Betriebe auch nach dem Kriege leistungsfähig zu erhalten. Dies liegt sowohl im Interesse der Prinzipale wie der Gehilfen.

Im „Korr.“ sind wohl Bedenken der genannten Art zum Ausdruck gekommen, die Redaktion ist aber gerade hierin nicht von Pessimismus befallen, weil uns das Verhalten der offiziellen Prinzipalität wie deren großer Mehrheit überhaupt die in gewissen Kreisen gehegten Absichten nicht tragisch nehmen läßt, wenn man daran auch nicht achlos vorübergehen darf. Die je länger desto mehr sich aufzwingenden Erfahrungen mit den Erstaräften, welche übrigens schon dem vorstehenden Passus einen guten Unterton geben, wie andererseits das Vertrauen zu unrer Tarifgemeinschaft und in die Kraft des Verbandes bewahren uns vor weiblichem Zukunftsgefenne. Wir stehen aber nicht an, uns Freude über diese bündige Erklärung in dem Geschäftsberichte zu äußern.

Mit der vollen Ausnutzung der Beurlaubungsfrist beschäftigt sich ein kleinerer Abschnitt. Auch hier wird von „Gegenwirkungen der Gehilfenschaft“ gesprochen, doch liegt dabei ein Irrtum vor. Gehilfenschaft hat man sich nur gegen das übermäßige Herausstreichen unfruchtbarer wirtschaftlicher Lage bei dem Beurlauben angewandt, auch wird etwas mehr Nachdruck auf die Ausbildungsmöglichkeiten gelegt, als es auf Prinzipalsseite geschieht. In den sogenannten Stellensartikeln (Nr. 103 und 107) ist darüber ja erst Näheres gesagt worden.

Unter dem Titel „Buchgewerblicher Schutzverband“ wird der während des Krieges ganz allgemein wahrzunehmende Rückgang des Kreditwesens erwähnt. Das Mahnverfahren ist dadurch auf den Gesamtbetrag von 41.000 Mk., also etwa um die Hälfte zurückgegangen. Die Rechtsauskunftsstelle hat infolge der durch die Kriegswirtschaft eingetretenen Verhältnisse, die Verordnungsstufe usw. erhöhte Tätigkeit zu entfalten gehabt.

Die Feuerversicherungsgesellschaft deutscher Buchdrucker zeigt eine günstige Lage. Die Kriegsumstände haben sich in ihren entgegengesetzten Wirkungen gegenübergestellt. Größere Brandschäden waren nicht zu verzeichnen, die Schadenerstattung ging sogar von 7428 auf 4457 Mk. zurück. Die versicherte Summe hat die Höhe von 92.560.070 (86360813) Mk. erreicht.

Drtskrankenkassen-Tagung

In Dresden, dem Sitze des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, fand am 17. und 18. September mit reichhaltiger Tagesordnung die Jahresversammlung der Ortskrankenkassen statt, der sich am 19. September noch eine Sitzung für die Verwaltungsmitglieder anschloß. Der Tagung waren 282 Kassen mit 3680762 Mitgliedern durch 184 Arbeitgeber, 213 Versicherter und 185 Angestellte. Außer dem Oberbürgermeister der Stadt Dresden war ein Vertreter der sächsischen Regierung und vom Reichsversicherungsamt der Präsident Dr. Kaufmann erschienen, der auch das erste Referat: „Zukunftsaufgaben der Krankenkassen“, hielt. Redner sollte den Krankenkassen Anerkennung dafür, daß sie in der vorübergehenden Krankenfürsorge dem Gesetze vorausgeeilt seien. Die deutschen Krankenkassen hätten übrigens in dem dreijährigen Weltkriege die gewaltige Belastungsprobe ertragen. Die soziale Fürsorge müsse noch mehr wie zuvor ein unangenehmerer Bestandteil des Deutschen Reiches bleiben. Dann gelte es, der Tuberkulose, den Geschlechtskrankheiten und der Trunksucht entgegenzuwirken, und in enger Verbindung damit stehe die Wohnungs- und Säuglingsfürsorge. Ferner müsse die Kriegsbeschädigtenfürsorge eine wichtige Aufgabe bleiben und die Kriegswächterhilfe auch nach dem Kriege beibehalten werden.

Anschließend hieran behandelte Oberarzt Dr. Koff (Berlin) das Thema: „Die Fürsorgeorganisationen und die Krankenkassen“. Referent betonte zwar, daß sich in erster Linie die Kommunen der Säuglingsfürsorge annehmen müßten, doch seien auch die Krankenkassen berufen, dazu beizutragen, daß der Mutter und dem Kind eine nachhaltige Fürsorge zuteil werde. Es sei unsere Aufgabe, die geborenen Säuglinge zu erhalten. Hier könnten die Krankenkassen die Wöchnerinnenheimpflege einführen, wie überhaupt für Schwangeren- und Geburtshilfe, Wohnungsfürsorge usw. weitere Aufwendungen machen.

Oberlaryngologe Dr. Beschorner (Dresden) verbreitete sich dann über die „Fürsorge für Lungenkranke“, dabei besonders betonend, daß die Tuberkulosebekämpfung viel von den Krankenkassen erhoffe. Entsprechende Leitfäden, die in ausführlicher Weise die Richtlinien für die fernere Tätigkeit der Krankenkassen enthalten, fanden hierauf einstimmige Annahme.

Aber die „Errichtung einer Ausstellungsvereinbarung der Ortskrankenkassen“ referierte Direktor Kohn (Berlin). Die Versammlung stimmte einem Entwurf zu, innerhalb des Verbandes eine solche Ausstellungsvereinbarung zu bilden.

Die „Fürsorge für Geschlechtskranke“ behandelte Sanitätsrat Dr. Cohn (Dresden) in fesselnder Weise, dabei hervorhebend, daß die Bekämpfung dieser Krankheiten in erster Linie Aufgabe der Krankenkassen sei. Präsident Dr. Kaufmann vom Reichsversicherungsamt hob in der Diskussion nochmals die Beratungsstellen für Geschlechtskranke hervor, und Geschäftsführer Lehmann vom Verbande der Ortskrankenkassen wünschte von den Landesversicherungsanstalten mehr Entgegenkommen den Krankenkassen gegenüber. Mit geringen Änderungen wurden die Leitfäden des Referenten dann angenommen.

Dr. Braun (Berlin) hielt einen durch Abbildungen wirkungsvoll unterstützten Vortrag über die „Fachärztliche Behandlung der chronischen Weiblichen“. Den weitverbreiteten chronischen Weiblichen müßten die Krankenkassen erhöhte Aufmerksamkeit schenken, eventuell sollten die Kassenverbände besondere Einrichtungen für Weibliche schaffen.

Für die Versicherten beanspruchten die Vorträge der Rechtsanwältin Sulzfarat Dr. Meyer (Frankenthal) und Dr. Baum (Berlin) insofern erhöhtes Interesse, als diese Redner nicht allein eine Anzahl von Verbesserungen der Reichsversicherungsordnung, sondern auch Ausmerzung aller die Selbstverwaltung beeinträchtigender Bestimmungen forderten. Was die Versicherungspflicht anbetrifft, so müsse die Einkommensgrenze auf 4000 Mk. und für die Versicherungsberechtigung auf 6000 Mk. erhöht werden. Dann sei noch die Versicherungspflicht auf alle selbständigen Be-

triebsinhaber auszudehnen, die nicht mehr als fünf Personen gegen Entgelt beschäftigen. Zu den Leistungen übergehend, müsse im Anschluß an die Wochenhilfe u. a. noch gewährt werden: a) Schwangerengeld in Höhe von drei Viertel des Grundlohnes bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen, wenn die Wöchnerinnen sich der Arbeit enthalten und dies der Kasse melden; b) Hebammenentgelt und ärztliche Behandlung bei Schwangerchaftsbeschwerden; c) Hebammenentgelt und ärztliche Behandlung bei der Niederkunft; d) Wochengeld in Höhe des Krankengeldes für acht Wochen; e) Stillsitzgeld für zwölf Wochen für jedes Neugeborene in Höhe von 1 Mk. für den Tag. Ferner als Mehrleistungen: a) Erhöhung des Wochengeldes bis auf drei Viertel des eventuellen zu erhebenden Grundlohnes; b) Erhöhung des Stillsitzgeldes bis auf 1,50 Mk. täglich; c) Erweiterung der Dauer des Stillsitzgeldes bis auf zwanzig Wochen; d) Zuschuß für Hilfsmittel zur Entbindung bis zu 20 Mk.; e) Zuschuß zur Kost für nicht stillende Wöchnerinnen bis zu 1 Mk. täglich für acht Wochen oder statt dessen Wochenlohn. Die Regelleistungen der Wochenhilfe mit Ausnahme des Wochengeldes und des Schwangerengeldes sollte den Kassen durch das Reich erstattet werden. Wsdann wurde noch die Familienhilfe als Regelleistung einzuführen empfohlen. Die Unverheirateten müssen zu den Kosten der Familienhilfe ebenfalls beitragen. Weiter wurde noch dafür eingetretet, daß der Abschnitt „Erlaßkassen“ aus der Reichsversicherungsordnung gestrichen wird, und daß es in Zukunft nur noch Ortskrankenkassen geben möge. Die Vorschläge dieser Referenten wurden einer Kommission für die Abänderung der Reichsversicherungsordnung überwiesen.

Geschäftsführer Lehmann (Dresden) behandelte nunmehr die „Arztfrage“. Es ergab sich aus seinen Ausführungen, daß der Friede zwischen Ärzten und Krankenkassen gewissermaßen nur auf dem Papiere steht, zumal die wirtschaftlichen Ziele des Leipziger Ärzteverbandes mit den Grundlagen der Krankenkassenversicherung unvereinbar seien. Der Vorsitzende Frähdorf warnte im Anschluß hieran davor, Verträge mit den Ärzten ohne Zustimmung des Hauptverbandes abzuschließen. Die vom Referenten

Bezugserneuerung für das vierte Quartal 1917

Der Leserkreis des „Korr.“ ist infolge der Kriegsverhältnisse auf die Hälfte des früheren Umfangs zurückgegangen. Das Interesse für das Verbandsorgan hat jedoch eine Steigerung erfahren, wie es noch nie zu vergleichen gewesen ist. Im Zeit und dabeim kann sich der „Korr.“ aufmerksamer Leser erfreuen, als es in normaler Zeit der Fall war. Der Inhalt des „Korr.“ ist trotz der beschränkten Raumerhältnisse keine Einbuße erlitten, er erfüllt immer mehr seine Aufgabe.

Die Erneuerung der Bestellungen auf das Verbandsorgan ist sofort zu betreiben. Bezugpreis 65 Pf. vierteljährlich. Auch Zeitpostabonnements (42 Pf. pro Monat) sofort aufgeben.

vorgelegte Entschließung fand die Zustimmung der Versammlung.

Ein ebenso heikles Thema wie die Arztfrage war das vom Kassenvorstandenden Brak (Remscheid) über die „Arzneiverordnung der Krankenkassen“ behandelte. Hieraus ging u. a. hervor, wie ungeheuer die Preissteigerungen auf dem Arzneimittelmarkt die Krankenkassen belasten. Die Forderungen der Kassen legte der Referent in seinen Leitfäden zur Beschlußfassung vor; sie fanden ebenfalls Annahme.

Nachdem erhielt der Vorstand noch Auftrag, mit den übrigen Krankenkassenhauptverbänden die Vorarbeiten für die Errichtung einer Ruhezugsversicherung fortzusetzen.

Verwaltungsdirektor Frenzel (Dresden) begründete eine Entschließung über Vereinbarungen zur Durchführung des § 219 ff. der W.D. Der Vorsitzende Frähdorf besprach sodann die Änderung der Verbandsatzung, und Geschäftsführer Lehmann erstattete den Geschäftsbericht. Damit hatten die öffentlichen Verhandlungen ihr Ende erreicht.

Am dritten Verhandlungstage befaßten sich die Vorsitzenden der Kassen mit den Angelegenheiten in der Hauptsache noch mit Verwaltungs- und Rechtsfragen.

Hoffen wir, daß die Forderungen der Krankenkassen, die sich neben den andern Trägern der Sozialgesetzgebung während des Krieges gleichfalls in hervorragender Weise bewährt haben, bei der bewußten Neuorientierung die gebührende Berücksichtigung finden mögen. mg.

Korrespondenzen

Kasse a. S. Die am 16. September abgehaltene Ortsvereinsversammlung ehrte zunächst das Andenken von vier im Felde gefallenen und eines am Orte verstorbenen älteren Kollegen. Dem hierauf erstatteten Kassenberichte für das zweite Quartal ist zu entnehmen, daß die Einnahmen der Ortskasse 2366,62 Mk., die Ausgaben 1798,72 Mk. betragen; Mitgliederstand Anfang des Quartals 235, Ende desselben 240. 26 neuangeworbene Kollegen wurden aufgenommen. Zum Militär wurden weitere 35 Kollegen eingezogen, überhaupt bis jetzt 436 Mitglieder. Davon sind 228 verheiratet. Gefallen sind bis jetzt 52 brave Kollegen. Kriegesbeschädigt vom Militär entlassen 22. Beim nächsten Punkte fand eine allgemeine Aussprache über die Verhältnisse am Orte statt und wurde u. a. festgestellt, daß die hiesige Prinzipalsität ein großes Interesse für die Heranziehung von weiblichem Hilfspersonal zeigt und sie auch keine Kosten scheut, um die Ausbildung desselben mög-

lich zu fördern; z. B. finden allwöchentlich technische Vorträge statt, in denen Prinzipale, Geschäftsführer und Sachforen mitwirken. Als in früheren Zeiten unsere Kollegen in der Gräblichchen Vereinigung ihr Geld und ihre Zeit opfereten, um sich und die Beurlaubten weiter fortzubilden, hatte man in Prinzipalskreisen kein Interesse und auch keine Mittel, um diese Bestrebungen zu unterstützen. Auch die Anträge auf Zulassung von weiblichen Hilfskräften und Mehrinstellung von Beurlaubten sind sehr zahlreich beim Tarifamt eingegangen. Zu der im Oktober stattfindenden Sitzung des Tarifausschusses wurden unsern Gehilfenvertreter König verschiedene Wünsche mit auf den Weg gegeben und folgende Entschlüsse gefaßt: „Die heutige Verarmung erlucht den Gehilfenvertreter, Kollegen König, auf der im Oktober stattfindenden Tarifausschubssitzung wegen der sorgfältig festgelegten Steuerung aller Lebensbedürfnisse energisch für eine Besserung untrer Lage einzutreten.“ Zum Schluß der Versammlung kam noch ein Vorschlag von Gehilfenvertreter König, der Verarmung gegenüber zur Sprache, die eine Folge der in hiesigen Paritätären eingefahrenen Spaltung ist. Eine einstimmig angenommene Resolution erklärte sich mit dem betreffenden Kollegen solidarisch.

Kerford. Am 15. September hielt unser Ortsverein seine Monatsversammlung ab. Der Versammlungsbesuch ist den noch am Ort anwesenden Kollegen entsprechend als ein guter zu bezeichnen. Im Laufe der Versammlung fand eine Besprechung der gewerblichen und tariflichen Lage statt in Verbindung mit den jetzt herrschenden Steuerungsverhältnissen gegenüber den hier am Orte gezahlten Löhnen sowie Steuerungsanlagen. Zur Verbesserung untrer jetzigen Verhältnisse wurde aus der Mitte der Versammlung ein Antrag eingebracht und angenommen, dahingehend, die Gehilfenvertreter zu erluchen, bei den Verhandlungen des Tarifausschusses auf verschiedene Punkte hinzuwirken, namentlich betreffs der Erlaßkräfte eine bestimmte Gewähr herbeizuführen, daß sie den aus dem Felde heimkehrenden Kollegen die Plätze zu räumen haben. (Wir erluchen, von allen in Versammlungen gegebenen Anregungen und zum Ausdruck gebrachten Erwartungen hinsichtlich der Tagung des Tarifausschusses den zuständigen Gehilfenvertreter zu unterrichten. Einmal „Korr.“ sich manches nicht zur öffentlichen Behandlung im „Korr.“ und dann feuert man schon häufiger auf Dinge hinaus, die den Tarifausschub nur bei einer Tarifrevision beschäftigen können. Wir treten für weitestehende Berücksichtigung der immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse von Seiten des Tarifausschusses ein und denken dabei auch an die berechnenden Seher, die durch mancherlei Umstände es jetzt schwerer haben als die im gewissen Geld arbeitenden Kollegen, müssen aber wiederholt darauf aufmerksam machen, daß die bevorstehende Tagung von einer Tarifrevision zu unterscheiden ist. Red.) Zum Schluß der Versammlung wurde das Krankenkassenwesen noch gestreift und die Einrichtung einer neuen Klasse aufgegeben.

Br. Angollstadt. Wichtige Stellen werden vom Ortsverein Angollstadt das Jahr über in Anspruch genommen, doch ist das allgemein Interessierende kurz mitgeteilt. Die Mitgliederzahl schwankt infolge der Einziehungen zum Militär zwischen 18—20 Mann. Auch zwei Franzosen sind hier beschäftigt, welche die Kriegesgefangenenfürsorge für das hiesige Gefangenlager im Gange herstellen. In puncto Versammlungsbesuch markiert Angollstadt mit an erster Stelle, denn fast vollständig ist jede Versammlung besucht, welches Beispiel den Versammlungsschwärmern anderwärts zum Vorbilde dienen kann. Der „eiserne“ Kollege hat hier noch keinen Einzug gehalten. — In der am 24. Juni abgehaltenen Versammlung, in welcher Kollege Schäffer (München) über die Gaurvorsteherkonferenz referierte, waren auch die Eichstädter Kollegen in der Zahl von 10 Mann erschienen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen im allgemeinen einverstanden. Der Vorsitzende Schmidt dankte dem Referenten für seine lehrreichen Ausführungen. — Die am 15. September stattgehabte Versammlung wolle zwei Neuaufnahmen. Betreffs der Sommerzeit stimmten 6 Mann für und 7 gegen dieselbe. Unter „Eingängen“ war ein Schreiben des Gaurvorstandes eingelaufen betreffs Stellungnahme zu den Beratungen des Tarifausschusses. Die Versammlung einigte sich in nahezu zwelfstündiger Diskussion auf einen entsprechenden Antrag. Die in der „berühmten Schanz“ mit ihren Munitionsbetrieben konditionierenden Buchdrucker betrachten den gestellten Antrag als notwendig gegenüber der hier zutage tretenden ungeheuren Preissteigerung aller zum Leben unentbehrlichen Gegenstände.

Miel. Am 1. Oktober d. S. begeht Kollege Silius Krause, Geschäftsführer der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, sein 50 jähriges Berufsjubiläum. S., ein geborener Leipziger, hat sich stets rege an unserm Vereinsleben beteiligt, so war er u. a. lange Jahre Schriftführer des Gaus Schleswig-Holstein, wie er auch jetzt noch Ehrenämter in unsern Organisationen innehat. Zu Ehren des Jubilars findet am Sonntag, dem 30. September, vormittags, im „Gewerkschaftshaus“ eine feierliche der Firma und des Personals veranstaltete kleine Fester statt.

Rundschau

Karl Kuffler †. In letzter Stunde bei Abschluß der vorigen Nummer erhielten wir durch Aufgabe einer Todesanzeige Kenntnis, daß in Leipzig nun auch der „alte Kuffler“ seine Einberufung erhalten hat und eingezogen ist zu dem großen stillen Heere der Abgeschiedenen. Im 78. Lebensjahre stehend, ließ seine Uhr ab. Sie wäre

gewiß noch einige Törrchen weitergelaufen, wenn nicht die schlimmer als Seuchen wirkenden Folgen unserer fruchtlosen Ernährungsverhältnisse auch mit ihm, der festen und rüstigen Gestalt, aufgeräumt hätten; zum Leidwesen im besondern unserer Chemnitz Kollegen, die für die Fester ihres fünfzigjährigen Jubiläums den „alten Kluffig“ als Ehrenpräsidenten ausersehen hatten. Karl Kluffig ist einer der ersten und rührigsten in der Chemnitz Kollegenkollektive gewesen. Die Gründungsversammlung des Verbandes im Jahre 1866 sah ihn mit dem noch lebenden Kollegen Georg Kunze aus Chemnitz als tätigen Vertreter in Leipzig. Er hat im vergangenen Jahre bei Abfassung der Verbandsgeschichte uns über dieses selbst erlebte Ereignis erzählen müssen, und durch seine Hilfe konnte bei der Gelegenheit festgesetzt werden, daß die letzten noch lebenden Teilnehmer an dem Buchdruckerpflanzlingen 1866 als Verbandsinvaliden ihre alten Tage in Leipzig verbringen. Nun sind nur noch zwei vorhanden. Das sie beide Kunze heißen, ist ein weiterer Zufall. Kluffig ist auch zum zweiten Buchdruckerfrage (Berlin 1868) von Chemnitz und vom Erzgebirge delegiert gewesen. Im Jahre 1870 war er Vorsteher dieses Gaus. Der Verstorbenen galt bei dem Chemnitz Prinzipale so gut angesehen, wie es ein für den Verband und seine Aufgaben rege wirkender Verbandsfunktionär nur sein kann. Unter den ältesten Jahrgängen unserer Organisation wie der Prinzipale gab es tüchtige Säubeger, die ohne festgesetzte Zusammenkünfte nicht auszukommen vermochten. Kluffig zahlte aber auch in Witten seinen Gegnern heim. Zeitweilig deshalb zu Konfessionen nach auswärtig genötigt, kam er 1879 ständig nach Leipzig. In hervortretenden Ämtern ist er hier nicht mehr tätig gewesen. Doch zeigte er an allem rege Beteiligung und als Verbandsbesucher verdient er die beste Note mit. Seit dem Oktober 1909 gehörte Kluffig dem Invalidentenrat an, aber wie vor dem rege an allen Verbandsangelegenheiten teilnehmend. Das Lesezimmer des Leipziger Vereins hatte an ihm wohl den eifrigsten Besucher; dort kramte er auch gern aus seinen reichen Erinnerungen aus. In Leipzig wie in Chemnitz wird man den „alten Kluffig“ als einen der letzten Zeugen von der Geburt des Verbandes in bestem Andenken behalten.

Nachahmenswertes Beispiel. Der „Generalangezeiger“ in Dortmund, der die Frauen seiner eingezogenen Angestellten seit Kriegsbeginn in anerkennenswerter Weise unterstützt, hat den Lohn sämtlicher Gehilfen um 3 bis 5 Mk. wöchentlich, außer den tariflichen Teuerungszulagen, aufgebessert.

Ferien! In Anerkennung der Aufrechterhaltung des Betriebs bei bedeutend reduziertem Personal und gesteigerter Erholungsbedürftigkeit durch die immer mehr zurückgehende Ernährungsbewilligung die Firma Karl Flemming, A.-G. in Olgau, ihrem Druckerpersonal acht bzw. drei Tage Ferien. Direktor Bell stellte auch den weiteren Ausbau des Feriensystems nach Friedensschluß in Aussicht.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. Einen guten Erfolg haben unsere Kollegen in Königsberg zu verzeichnen. Man hat dort den Versuch unternommen, die Buchdrucker als Schwerstarbeiter anerkannt zu sehen. Das Kriegsernährungsamt hatte jedoch diese Eingabe abgelehnt. Darauf wurde es noch einmal versucht, und bei diesem erneuten Vorkommnis wurden das Hauptgewicht auf die bei den Buchdruckern herrschende Bleikrankheit gelegt und diese in Zusammenhang gebracht mit den jetzt so häufigen Magen- und Darmkrankheiten. Nun sieht sich das Kriegsernährungsamt — in der Zukunft an uns steht „Kriegsamt“, was wohl ein Versehen ist — überzeugen und erkannte die Hand- und Maschinenfehler, die Stereotypen sowie die Lebrlinge als Schwerstarbeiter an. Leider blieben die Drucker ausgeschlossen. Warum, wird nicht gesagt. Es ist uns jedoch bekannt, daß früher schon die Leipziger Druckerkollegen mit einer besonderen Eingabe an das Kriegsernährungsamt um Anerkennung als Schwerstarbeiter Ablehnung erlitten. Die Drucker kommen aber doch mit Blei ebenfalls in Verbindung, und die schlimme Beschaffenheit der Blei, der Waschlauge usw. ist alles andere denn fernerlich für ihren Gesundheitszustand. Man sollte in weiteren Eingaben, zu denen wir nach dem Erfolge der Königsberger Kollegen nur raten können, wenn der Zweifel aufgehört ist, ob das Kriegsernährungsamt oder das Kriegsamt die entscheidende Stelle in Sachen Königsberg war, die von uns erwähnten Umstände für die Drucker geltend machen. Wir hoffen, die bisherigen Erfolge dieses Vorgehens dann noch beträchtlich erweitert zu sehen.

Neuregelung der Lebensmittelzulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter. Da mehrfach aus Verbraucherkreisen geltend gemacht wurde, daß der Kreis dieser Schichten ziemlich weit gezogen ist, hat das Kriegsernährungsamt zur weiteren Prüfung angeordnet, für die Zuweisung von Lebensmittelzulagen die Zahl der Schwer-, Schwer- und Minderstarbeiter neu zu ermitteln und Veränderungen zu diesen Angaben monatlich zu berichten. Für Schwerstarbeiter sollen die bisherigen Feststellungen maßgebend bleiben. Demnach ist, was schon lange kein Geheimnis war, eine Einschränkung der Schwerstarbeiterzulagen beabsichtigt. Unsere Kollegen brauchen sich deswegen aber nicht abhalten zu lassen, weiter auf eine Berücksichtigung auch der Buchdrucker zu dringen. Die Freigabe für die Rüstungsindustrie, wo gar nicht so ängstlich verfahren wird, daß nur die Arbeiter in Betracht

kommen — man hat schon nette Sachen gehört, daß von oben, vom Chef, herab erst einmal das Fett abgeschöpft wird —, macht es sogar notwendig, immer wieder zu demonstrieren, daß auch noch andre Leute da sind, die ebenfalls schwer arbeiten müssen, häufig mehr als in den Munitionsbetrieben.

Hohe Lebensmittelpreise in Provinzstädten. Der Verfall des in Nr. 110 gebrachten Artikels aus Besagte stellt uns noch einige Stichproben mit über die dort jetzt üblichen Preise für wichtige Lebensmittel. Rindfleisch kostete 2,60—2,80 Mk., Kalbfleisch 2,50—2,60 Mk., Schweinefleisch 3 Mk., Schaffleisch 3,50 Mk. Frischkartoffeln mußten zunächst mit 90 Pf. das Pfund bezahlet werden, nicht im Schleichhandel, sondern in den öffentlichen Verkaufsstellen; dann ging der Preis auf 60 Pf. herab, allmählich auf 23 Pf., und jetzt ist der Pfundpreis 9 Pf. Im freihändigen Kauf bei den Landleuten in den freigegebenen Kreisen stellt sich der Zentner Kartoffeln auf 8,50 Mk. Äpfel und Birnen kosten 65 Pf., Pflaumen 40 Pf. Da der Artikel schon gedruckt war, so bringen wir die Ergänzung an dieser Stelle und verweisen sonst auf die Nr. 110.

Lebensmittelpreise mit Stadtsanktionen. Wie Straßburg i. E. (siehe Nr. 110) der Nachahmung durch abwechselnden Ausdruck von Stadtsanktionen vorbeugt, so zeigen auch die Brotscheine von Frankfurt a. M. schon seit längerer Zeit auf der linken Seite wechselweise Stadtsanktionen.

Betriebskostung sächsischer Papierfabriken. Den letzten „Mittellungen“ der Vereinigung großstädtlicher Zeitungsverleger entnehmen wir, daß der Verband Deutscher Druckerpapierfabrikanten dieser Mitteilung machte von dem am 5. September eingetragenen völligen Stillstande der Fabriken Kriebitzsch, Sebnitz und Wernsdorf; Wildenfels, Fährbrücke, Görsdorf und Niederschleuse arbeiten nur noch zur Hälfte. Der Grund war wieder Ausbleiben der böhmischen Kohle. Die Berliner Zeitungen waren am meisten bedroht durch die eingetretene Störung. Von der Zeitungsverlegervereinigung sind darauf alle Stellen eindringlich auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht und ersucht worden, alles aufzubieten, daß die sächsischen Papierfabriken die vertraglich ausbedungene Kohlenmenge aus Böhmen erhalten.

„Der Zusammenbruch der Papierverforgung.“ Unter dieser Überschrift brachte das „Berliner Tageblatt“ am 23. September (Sonntag) an erster Stelle einen kleinen Artikel, der eine Erklärung ist für den Umfang von nur sechs Seiten für eine Sonntagsnummer. Es heißt darin, das völlige Verlangen der Papierbelieferung zwinge das „B. Z.“ sowie eine Anzahl weiterer Berliner Zeitungen, in ganz unzureichendem Umfange zu erscheinen. Der redaktionelle Teil beschränkt sich auf vier, der Anzeigenteil auf zwei Seiten. Nahezu sämtliche Anzeigen, darunter auch solche für die Kriegsanleihe, hätten fortgelassen werden müssen. Verhältnissen wäre das „B. Z.“ an einem solchen Tage sechs Seiten stark gewesen. In scharfer Weise wird dann der gegenwärtige Zustand beleuchtet: „Vergeblich haben Zeitungsverleger und Papierfachleute alle maßgebenden Stellen seit Jahren immer wieder darauf hingewiesen, welche Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die Papierproduktion zu steigern und einem Papiermangel vorzubeugen. Ebenso vergeblich haben die Zeitungsverleger sich immer wieder in Eingaben an den Reichshausler und das Reichsamt des Innern gewendet. Man ist über eine schematische Kontingenzierung und eine verfehlte Organisation nicht hinausgekommen, und nachdem vor kurzem etwa eine Woche lang sämtliche sächsische Zeitungsdruckerpapierfabriken zum Stillstande gekommen sind, können die großen Berliner Blätter nicht einmal mehr ihr bescheiden bemessenes Kontingenz erhalten. Die Behörden, die in dieser Zeit ununterbrochen die Presse in Anspruch nehmen und die verschiedenartigsten Anforderungen an sie stellen, zeigen nach den Erfahrungen dreier Kriegsjahre nicht die notwendige Befähigung dafür, den Zeitungen die Erfüllung ihrer Aufgabe zu ermöglichen. An schönen und wohlwollenden Komplimenten läßt man es der Presse gegenüber nicht fehlen, aber das nützt den Zeitungen sehr wenig, die sich in ihrem Bestreben, das Publikum über die Vorgänge des Tages zu unterrichten, vollständig gekemmt sehen.“ Man weiß fast nicht mehr, was über diese „Entwicklungen“ zu sagen ist. Wie oft ist erklärt worden, die Presse gäbe selbstverständlich zu den wichtigsten Betrieben. Zur Papierherstellung kann aber nicht die notwendige Menge Kohle geliefert werden, so daß nicht einmal das stark verringerte, durch die Kontingenzierung aber doch gewährleistete Quantum Papier zu beschaffen ist. Das Zeitungsgewerbe wird so einfach zugrunde gerichtet. Wenn die vielgerühmte deutsche Organisation dermaßen gegenüber dem wichtigsten öffentlichen Instrumente versagt, dann ist alles der Presse gezogene Gebote und Gebote für die Käse. Es gibt da nur noch ein Mittel: die Presse muß auch der Regierung gegenüber verlangen. Dazu sind sich empfindliche Mittel und Wege.

Folgen der Papiernot und der Gaseinschränkung für Zeitungen. Der „Zeitungsverleger“ berichtet, daß der „Berliner Lokalanzeiger“ Mitte September an einem Sonntag 18 Anzeigenseiten mit 3868 einzelnen Inseraten oder ebenfalls Auftragsnummern nicht aufnehmen konnte. Infolge des Ausbleibens von Papier mußte das „Samburger Fremdenblatt“ seinen Umfang erheblich einschränken; Geschäftsanzeigen von mehr als einer Viertelseite können nicht mehr aufgenommen werden. Der „Posthofen Anzeiger“ mußte jüngst zwölf Anzeigenpfeiler zurückstellen; mehrmalige Veröffentlichung einer Anzeige kann nicht weiter stattfinden. In Küstern können zwei Zeitungen infolge der Gasperre in den Tagesstunden nicht mehr erscheinen. Auch in Thorn war, wie wir hinzufügen möchten, durch stundenweise Abstellung des Gases kürzlich eine schwere

Kalamität für die dortigen Zeitungen entstanden. In diesem Auschnitte wird schon ersichtlich, wie sich die Schwierigkeiten fortgesetzt vergrößern. Was wird im Winter erst noch der Kohlenmangel bringen? Die Gesundheit der Presse ist das Verwunderlichste bei solchen Zuständen.

Verringerter Erscheinen. Das „Tageblatt“ in Penig wird wegen Papiermangels nur noch fünfmal in der Woche erscheinen.

Noch 20 Proz. weniger Druckpapier für Zeitschriften! Verleger und Drucker von Büchern, Zeitschriften und sonstigen periodisch erscheinenden Druckschriften dürfen nach der neuesten Bekanntmachung des stellvertretenden Reichshauslers vom 20. September 1917 für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1917 nur noch 55 Proz. derjenigen Menge Druckpapier beziehen, die auf einen Zeitraum von drei Monaten im Jahre 1916 zu deren Herstellung verwendet worden ist. Falls die (gegen das dritte Vierteljahr 1917 um 20 Proz. gekürzte) Menge nicht ausgenutzt werden sollte, kann sie für die Zeit nach dem 1. Januar 1918 verwendet werden, dieser Anspruch ist bis zum 10. Januar 1918 geltend zu machen. Geht eine Zeitschrift auf einen andern Verleger oder Drucker über, so haben diese Anspruch auf Übertragung des Bezugsrechts. Mit dieser überaus starken Einschränkung von gleich 20 Proz. — erst 85, dann 75 Proz., jetzt 55 Proz. — wird dem gesamten Buchdruck ein ganz schmerzlicher Stoß verleiht. Für die Tagespresse heißt in „Reichsgeheißblatt“ die sonst gleichzeitig erscheinende Kontingenzierungsverordnung. Es kann daher angenommen werden, daß es im vierten Quartale bei den bisherigen Einschränkungsnormen bleibt. Durch häufige Nachlieferung der festgesetzten Papiermenge, worüber in dem Posten dieser Nummer viel Unersauchliches zu lesen ist, ergibt sich ja sowieso eine weitere empfindliche Verringerung des Zeitungsdruktes. Da die Einschränkung auf 55 Proz. den Druck von Büchern, Sammelwerken, Einzelwerken, Jugendbüchern, Musikalien, Zeitschriften und sonstige periodische Druckschriften betrifft, so bedeutet die neue Kontingenzierung Rahmlegung des Buchdrucks in großem Maßstab. Es ist traurig, aber wahr: unserm Gewerbe wird fastlich die Luft abgedreht.

Alles Papier in behördlicher Bewirtschaftung. Zu der in Nr. 110 des „Korr.“ mitgeteilten bundesrätlichen Verordnung vom 15. September 1917, wonach der Reichshausler zu einer weiteren und umfassenderen Bewirtschaftung des Papiers ermächtigt wird, ist unserm 20. September die Ausführungsverordnung bekanntgegeben worden. Diese stellt nun alle bisher noch außerhalb der Kontingenzierungsverordnungen stehenden Papiere, Kartons und Pappen unter Meldepflicht und Verbrauchsvorschrift. Die Bekanntmachung verlangt nicht nur von den gewerblichen Verarbeitern, sondern auch von den Papierherstellern, Papierhändlern und allen denjenigen Personen, die mit Beginn des 8. Oktober 1917 Papiere aller Art, Kartons und Pappen in Betracht kommen, eine Aufstellung ihrer Bestände und Angabe des Verbrauchs in Kilogramm auf Grund der letzten Bilanz oder des Jahres 1916 (Fragebogen P. D. V. 1). Die Anzeigen haben getrennt nach Eigentümern und Lagerungsorten zu erfolgen. Nicht weniger als 49 verschiedene Sorten sind in dem Fragebogen aufgeführt; vom Zeichen- und Normalpapier bis zum Seiden- und Klopierpapier, auch alle Packpapiere und Pappenarten. Keine Anzeige braucht zu erstatten, wer im Jahre 1916 im ganzen weniger als 1000 kg Papier, Karton und Pappe bezogen oder aus eigenem Bestande genommen hat. Für Schreib- und Konzeptpapier in Folioformat (33×42 oder 34×43 cm) ist ein Durchschnittsnormalgewicht zugrunde gelegt (Konzept VI 10 kg, Normalpapier I bis IV b 12 kg für 1000 Bogen). Schätzungsweise Angabe des Verbrauchs ist nur zulässig, wenn die genaue Ermittlung mit unverhältnismäßig großen Schwierigkeiten verbunden ist. In gleicher Weise haben auch die Kommunalbehörden und die Kriegsorganisations ihre Bestände und Bestände (Fragebogen P. D. V. 2) anzugeben. Nur die Behörden des Reiches, der Bundesstaaten und Elbschloßorten werden von den Bestimmungen dieser Bekanntmachung nicht betroffen. Die Fragebogen sind der Kriegswirtschaftsstelle bis zum 22. Oktober einzuliefern; ein ausgefüllter Fragebogen ist zurückzugeben. Alle Anzeigepflichtigen haben vom 8. Oktober ab über ihren Bezug und Verbrauch nach den Anordnungen der Kriegswirtschaftsstelle Buch zu führen und bis zum 10. Tage eines jeden Monats (erstmalig bis zum 10. November 1917 für die Zeit vom 8. bis 31. Oktober) die bezogene und verbrauchte Gewichtsmenge auf einem Meldebogen (P. D. V. 3) anzugeben. Dasselbe gilt auch für die Kommunal- und Kriegsbehörden (Meldebogen P. D. V. 4). Die Kriegswirtschaftsstelle erhält das Recht der Entlegung, sobald ein dringendes öffentliches Interesse vorliegt. Die Befolgung der getroffenen Anordnungen ist unter Strafzwang gestellt. Fragebogen und Meldebogen sind von der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe Berlin C 2, Breite Straße 8/9, Abteilung P. D. V., gegen Entgelt zu beziehen. Für 100 kg bezogenes Papier um. sind 20 Pf. zur Kostenbedeckung beizufügen. Mit dieser erweiterten Kontrollbefugnis der Kriegswirtschaftsstelle auf alle Altkadenz-, Schreib-, Briefpapiere, Aueris, Kartons und Pappen ist nunmehr die öffentliche Bewirtschaftung der ganzen Papiererzeugung, des Handels, der Verarbeitung und des Verbrauchs vollzogen. Die Beschränkung des Verbrauchs wird nicht lange auf sich warten lassen und damit eine weitere Preissteigerung. Schon jetzt sind druckauftraggebende und papierverbrauchende kaufmännische Firmen durch diese Bekanntmachung beunruhigt worden. Die Voraussicht, in naher Zukunft ihr benötigten Drucksachen nur mit noch größeren Schwierigkeiten, noch höheren Preisen oder wohl gar nicht zu erhalten, hat zu mancherlei Anfragen,

voreiligen Ankäufen und Aufträgen geführt, die das Abel nur noch verschlimmern.

Schriftslehre. Die Firma Emil Gursch in Berlin geht am 1. Januar 1918 in den Besitz der Aktien-Gesellschaft S. Verhob, Metalllinienfabrik und Schriftslehre, da selbst über. Die erworbene Gießerei wird jedoch unter der bisherigen Firma fortgeführt.

Rückgang der sozialdemokratischen Presse. Die auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Partei stehenden Blätter haben in der Zeit vom März 1914 bis dahin 1917 als Folge des Krieges 737000 Abonnenten eingebüßt. Die abgeplattete Richtung ist natürlich auch nicht auf Rosen geblieben, wie es das große Defizit der „Leipziger Volkszeitung“ erkennen läßt. Doch fehlt hier ein Ausweis über den Abonnentenrückgang.

Achtzehnhündige Arbeitszeit Bedingung für einen Redakteur. Im „Zeitungsverlag“ befand sich unlängst folgende Anzeige: „Wir suchen zur Vertretung unseres Chefredakteurs eine geeignete Persönlichkeit mit langjährigen journalistischen Erfahrungen und Befähigung, ein zweimal täglich erscheinendes Blatt zu leiten. In Anbetracht der durch den Krieg äußerst beschränkten Redaktionskräfte ist eine Arbeitszeit morgens von 4 Uhr bis abends um 10 Uhr Bedingung, selbstverständlich mit kleinen Unterbrechungen. Gutsprechende Herren wollen ihre Offerten mit Gehaltsforderungen umgehend einreichen unter M. 848 an die Geschäftsstelle des „S.-V.“ Mit „kleinen Unterbrechungen“ hat dieser Chefredakteurstellvertreter also achtzehn Stunden zu schufeln — das ist denn doch die Höhe der jetzt nicht seltenen unverhältnißmäßigen Anforderungen, die an Redakteure und hervorgehobene Posten im Zeitungs- und Buchdruckgewerbe gestellt werden. Wir haben

schon mehrmals derartige Gesuche, wo eine solche Arbeitskraft schließlich auch noch in sämtlichen technischen Zweigen des Geschäfts bewandert sein mußte und Hand anlegen sollte, geheißen, aber die Arbeitszeit hat dabei noch nicht eine so traurige Rolle gespielt. Eine zweimal täglich erscheinende Zeitung läßt zudem einen größeren Betrieb annehmen. Es wäre ein Jammer, würde sich auf diese Anzeige ein Redakteur melden, und es ist auch bedauerlich, daß das Organ der Zeitungsverleger so etwas aufnehmen konnte. Die Redakteurs- und Schriftstellerorganisationen werden zu einem derartig schmachvollen Ansehen hoffentlich nicht schweigen. Dieser Fall schlägt doch dem Falle den Boden aus.

Briefkasten.

E. Z. in H.: Eingang wird befristet; erst in nächster Woche. — D. M. in L.: Darüber ist noch einiges zu reden. Kommen Sie am 27. doch einmal mit vor. — Nach E.: 1. Ja, man kann mit den besten Absichten für die Kollegen Entschädigungen erleben, für die sich schwer Worte finden lassen. Ein solcher Fall von Schlappschwanzigkeit ist aber doch selten. 2. Was andere zu den Briefen sagt; wenn von anderer Seite noch mehr kommt, wird der Artikel in Nr. 111 ergänzt. — P. S. aus S.: 1. Die schnelle Aufnahme ließ sich aus besonderen Umständen ermöglichen. Es ist gut, daß einmal solche Eröffnungen kommen. 2. Die Stimmung ist durchaus verständlich. Daheim hat man auch seine schweren „Mürmer“. 3. Die Gruppe der E. Z. ist dankend unserm Kriegsschwer einverleibt. Bitten beste Gegengröße auszurichten. — S. W. in D.: Freuen uns, daß der Antritt eines neuen Regiments durch solche „Kleinigkeiten“ sich ganz verheißungsvoll gestaltet hat. — P. Sch. in G.: Siehe Briefkasten in voriger Nummer unter E. Z. in R. — F. B. in G.: Briefwahl: 2,30 Mk. — H. D. in Kempten: 2,30 Mk. — W. S. in Karlsruhe: 3,20 Mk. — S. B. in S., D. T. in G., S. B. in L., P. R. in M., W. S. in G., P. Sch. in D., P. M. in G., E. Z. in S., S. R. in D., E. R. in G., S. B. in G., S. R. in D., S. R. in G., S. in G.: Interessante sind für die Nr. 114 und 115 vorgemerkt.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammisplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Odergau. (An die Bezirks- und Ortsvorstände.) Wir bitten, zum 1. Oktober den Mitgliedsbeitrag von 6 Mk. genau zu denselben Bedingungen wie im letzten Quartal auszusahlen.

Abdressenveränderungen.

Gau Ostpreußen. Gauvorsteher: S. Reiser, Königsberg i. Pr., vom 1. Oktober ab: Mitteltragsbeim 14 I; Gaukassierer: W. Krause, Fahrenheidstraße 22 III.
Bielefeld (Bezirk und Ort). Ab 1. Oktober übernimmt die Geschäfts des ersten Vorsitzenden wieder Kollege Walter Lenk, Weimolder Straße 63a.
Sachsenhagen. Die Geschäfte des Ortsvereins führt jetzt R. Kästner, Gäckelstraße 5 I.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse)
Im Gau Schleswig-Vorpommern der Seher Hugo Schmitz, geb. in Elmshorn 1895, ausgel. das. 1914; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Verammlungskalender.

Mianenburg (Sax.). Verammlung Sonnabend, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Bier“.
Eberfeld-Barmen. Korrekturenverammlung Sonntag, den 30. September, nachmittags 4, im Vereinshaus Wittenbaum, Eberfeld, Ecke Leich- und Erholungsstraße.
Essen. Bezirksmaschinenleherversammlung Sonntag, den 30. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant Kaufmann in Essen, Wittering- und Brillantfabriksbecke.

Erster Akzidenzsetzer

der auch die Beaufsichtigung des Setzerpersonals übernimmt, zu baldigem Antritt gesucht. [989]
Buchdruckerei E. M. Moske, Bausen.

Typographsetzer

sowie Lernende für die Typographiemaschine gesucht. Oscar Brandstetter, Leipzig. [985]

Schrieffetzer, Typographsetzer und Maschinenmeister
auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung sucht August Pries, Leipzig, Brüderstraße 59. [303]

Erster Illustrations- und Farbendrucker

in dauernde Stellung gesucht. Serz & So., Nürnberg. [886]

Tüchtige Maschinenmeister

auch Kriegsbeschädigte, für Rund- und Flachdruck, sofort in dauernde Stellung gesucht. Frankenstein & Wagner, Leipzig. [990]

Tüchtiger Werkdrucker

findet bei uns sofort Stellung. Wir erteilen Angebote mit Gehaltsanprüchen. [854]
Pierische Hofbuchdruckerei, Alsenburg (S.-M.).

Zuverlässiger Metteur

für Tageszeitung sowie ein [972]

Akzidenzsetzer

sofort gesucht. J. C. Schwensen, Schernförde, Schernförder Zeitung.

Mehrere zuverlässige

Akzidenz- und Werksetzer [991]
sofort gesucht. Gebrüder Anauer, Frankfurt a. M., Holzgraben 31.

Schrieffetzer

suchen. H. W. Sany's Erben, Berlin SW 68, Zimmerstraße 29. [987]

Zwei tüchtige Schrieffetzer

für Akzidenz und Zeitung (einer davon als Korrekteur) für sofort gesucht bei dauernder Stellung. Genossenschaftsbuchdruckerei Selb. [971]

Werksetzer

in dauernde Stellung gesucht von Thomas & Hubert, Weida (Thür.). [987]

Schrieffetzer

der gewillt ist, sich in der Rundstereotypie auszubilden, kann alsbald oder später bei uns eintreten. Angebote mit Angabe der Ansprüche und des frühesten Eintrittstermins erbeten. „Kasseler Neuzeit Nachrichten“, Kassel.

Tüchtige

Dinotypsetzer [983]
mehrere

Anzeigensetzer

mittelfähig, gesucht. Bewerbungen an „Norddeutsche Zeitung“, Alsenburg.

Tüchtige perfekte

Maschinensetzer [985]
sowie mehrere Handsetzer sofort gesucht. „Mannheimer Tageblatt“, Mannheim H 2, 3.

Tüchtige, selbständige

Maschinenmeister [710]
(auch Kriegsbeschädigte) sofort gesucht. Oscar Reiner, Leipzig, Königsstraße 26 B.

Seherstereotypen

(Rundstereotypie) kann sofort oder später bei uns eintreten. Angebote mit Anprüchen und Angabe des frühesten Eintrittstermins an die „Kasseler Neuzeit Nachrichten“, Kassel.

Dankjagung

Aus Anlaß der Vollendung meines 60. Lebensjahres sind mir sowohl aus Vorstandskreisen, der Redaktion, den Mitgliedschaften, Sparvereinigungen und Kollegenreisen, Freunden sowie dem Dresdener Buchhändlergewerbe zahlreiche Aufmerksamkeiten und Glückwünsche zugegangen, für die ich meinen herzlichsten Dank auf diesem Wege ausspreche. In der Sehnsucht auf einen baldigen Frieden hege ich die Hoffnung, an den Aufgaben, die die Zukunft unserer Organisation bringen wird, auch weiter mitarbeiten zu können. Dresden. Heinrich Wendische.

Schon wieder müssen wir den Verlust von vier braven Kollegen melden, der Seher

Kurt Schreiber
aus Weihenfels, [978]

Artur Diebich
aus Magdeburg,

Otto Riefeld
aus Braunschweig,

Anton Köhler
aus Weichs (Posen).
Den Kollegen bewahrt ein treues Andenken
Der Ortsverein Magdeburg.

Am 3. September fiel in dem Völkerringen der Seher [977]

Rudwig Gebele
aus Kempten.
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahrt
Die Mitgliedschaft Kempten.
Die Typographische Vereinigung Kempten.

Wiederum erhielten wir die traurige Mitteilung, daß ein lieber und braver Kollege, der Seher [981]

Friedrich Reibold

Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Badischen Verdienstmedaille
in den letzten schweren Kämpfen sein Leben lassen mußte. Sein kameradschaftlicher Sinn sowie sein zuvorkommendes und lebenswürdiges Wesen werden ihm für alle Zeiten ein treues Gedenden sichern.
Ortsverein Karlsruhe.
Typographische Vereinigung Karlsruhe.
Die Kollegen der G. Braunschen Hofbuchdruckerei.

Schon wieder wurde uns in dem Völkerringen ein Kollege entziffen, und zwar der Seher [976]

Wilhelm Kiewow
aus Greifswald.
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahrt
Die Verbandsmitglieder
der Firma Julius Abel, Greifswald.

Am 4. September verstarb in einem Lazarett unser lieber Kollege, der Seher [980]
Friedrich Nibel
aus Bremen. Wir werden sein Andenken stets hoch in Ehren halten.
Die Kollegen d. Firma H. Gathe, Bremen.

Wiederum forderte der Weltkrieg zwei liebe Mitglieder aus unserm Bezirk. Ende August verstarb als Folge schwerer Verwundung der Seher [975]

Franz Hoffmann
aus Böhneck, und am 5. September fiel der Seher

Friedrich Reimers
aus Altona.
Ein ehrendes Andenken werden auch diesen braven Kollegen bewahrt
Bezirks- und Ortsverein Gera.

Schon wieder hat unser Ortsverein den Verlust eines wertigen Mitgliedes zu beklagen. Am 9. September verstarb in einem Feldlazarett der Seher [979]

Franz Rosenhahn
aus Osterwiech a. Harz.
Auch diesem Kollegen wird ein dauerndes Andenken bewahrt
Der Ortsverein Wiesbaden.
„Gutenberg-Quartett“ Wiesbaden.

Durch den Weltkrieg verloren wir wieder ein treues Mitglied, den Seher [982]

Albert Bowerenz
aus Swinemünde, früher in Barth.
Ferner verstarb infolge Anglistasaus der Seherinvalid

Karl Baephe
im 41. Lebensjahre.
Wir werden das Andenken der Dahingeschiedenen stets in Ehren halten.
Bezirksverein Straßund.

Am 24. September verstarb an heimtückischer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [986]

Paul Poser
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen beliebigen braven Mitarbeiter, dessen Andenken wir immer in Ehren halten werden.
Die Kollegen der
Firma Phil. Reclam jun., Leipzig.

Nach langem Krankenlager verstarb am 20. September an Lungenleiden der Stereotypen [988]

Johann Engels
aus Trier, im Alter von 49 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Trier.

Königl. Sächs. Landes-Lotterie
Ziehung 5. Klasse 3. u. 25. Okt. ohne Unterbrechung.
800000
500000
300000
200000
150000
100000
(Ein Preisverloren.)
Kauflose 1/10 1/5 1/10 1/20
25.- 50.- 125.- 250.-
Versand auch ins Feld.
Martin Kaufmann,
Kgl. Sächs. Staats-Lott.-Einn.
Leipzig, Windmühlenstr. 45